

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 06 86 846-48 ppbn d

## Inhalt

Dieter Spöri MdB warnt  
vor zu hohen steuerpoli-  
tischen Erwartungen.

Seite 1/2

Wilhelm Möbel MdB stellt  
die Ausweitung des Ge-  
gendarstellungs-Rechts  
zur Diskussion.

Seite 3

Lokart Kuhlwein MdB  
sieht die Möglichkeit  
einer "Ärzteschwenne".

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 139 / 24. Juli 1978

Tarifkorrektur nicht überschätzen

-----  
Anmerkungen zur steuerpolitischen Entscheidungsgründe

Von Dr. Dieter Spöri MdB  
Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

Nun ist sie endlich da - wenn schon nicht die Woche der Entscheidungen, so doch der steuerpolitischen Vorentscheidungen. Dem Bonner Wirtschaftsgipfel folgt der Spekulationsgipfel fiebernder Steuerausguren. Leider nur ein Zwischendipfel der steuerpolitischen Irrregungskurve. Niemand kann sich darauf einrichten, daß die anstehende finanzpolitisch Prioritätensetzung des Bundeskabinetts die steuerpolitische Spekulationswut nachhaltig dämpfen wird.

Selbst ein glücklich und sachlich überstandener fraktions- und koalitionsinterner Meinungsbildungsprozeß wird das Steuerklima zum Herbst nicht nachhaltig beruhigen. Es wäre naiv anzunehmen, bei entsprechender Entschlußkraft der Verantwortlichen könnte jetzt endlich ein Knoten gemacht werden, der die ständige Abgabendiskussion stoppt.

Die politische Szene der Bundesrepublik wird weit über 1978 hinaus Schauplatz des gesellschaftlichen Großversuches bleiben, dem Bürger das Zerrbild eines Staates zu suggerieren, der ihm als gängelnder Bürokratiemoloch sein sauer verdientes Einkommen nimmt. Vor dem Hintergrund dieser nicht zu unterschätzenden und nicht nur auf die Bundesrepublik beschränkten Strömung, ist die gegenwärtig grassierende politische Fehleinschätzung einer Tarifkorrektur der Lohn- und Einkommensteuer geradezu abenteuerlich. Es ist beunruhigend, wie langsam aber sicher auch viele Sozialdemokraten dem von der Union geschürten Irrglauben aufsitzen, daß diese Tarifreform endlich der langersehnte Befreiungsschlag aus einer aufreibend zusammengebrachten Verdrußdiskussion sein könnte. Gespenstisch zu sehen, wie der Glaube an die steuerpolitisch erlösende Kraft der Wunderwaffe Tarifreform allorten wächst und die Erwartungshaltungen fast ungehemmt ins Kraut schießen.

Unbeachtet bleiben die Folgen derartig hochgeputschter Erwartungshaltungen, wenn sie im Ernstfall auf die tatsächlichen Entlastungseffekte einer Tarifkorrektur treffen. Wer den Entlastungseffekt derjenigen Modellvarianten abschätzt, die Bundestag und Bundesrat mehrheitsmäßig überhaupt passieren könnten, sieht schnell ein, daß er sich selbst bei einer Kostendimension von 15 bis 20 Milliarden DM auf dem monatlichen Lohn- oder Gehaltszettel der meisten Lohn- und Einkommensteuerzahler bescheiden ausnehmen wird. Steuerpsychologisch zählen in der Praxis nicht so sehr die staatlichen Entlastungsbeiträge der auf Jahresbasis vorgestellten Entlastungstabellen, sondern der weit weniger imposante monatliche Nettoeinkommensvorteil. Spätestens beim Inkrafttreten jedes denkbaren mehrheitsfähigen neuen Tarifmodells, wird klar werden, daß die Verteilung von wuchtig klingenden Milliardenbeträgen über das breite Band der Einkommensgruppen und Monate höchst ernüchternd wirkt. Und noch ernüchternder könnte dann für viele die Feststellung sein, daß es auch nach dieser Tarifkorrektur zumindest für mittlere Einkommenslagen eine Progression geben muß.

Fazit: Die Korrektur einer steuerpsychologisch unmöglichen Tarifkurve ist notwendig. Genauso notwendig ist es aber, daß die Sozialdemokraten einer Illusionswoge gegensteuern, die im Bewußtsein zu vieler Bürger den künftigen Einkommensteuertarif zum Fixstern unrealistischer Erwartungen - ja zum Vorhimmel des Steuerzahlers hochgaukelt. Wenn die hauptverantwortliche Regierungspartei sich nicht stärker gegen diesen gefälligkeitpolitischen Veitstanz steuerpolitischer Illusionen stemmt, wird nicht zum ersten Mal ein groß angelegter staatlicher Einnahmeverzicht das Steuerklima eher verschlechtern. Daneben bleibt haushaltspolitisch nur noch zu hoffen, daß trotz der breiten Angebotspalette entlastungspolitischer Kinkerlitzchen die gegenwärtig etwa im Bereich der Gewerbesteuer an der Gerüchtebörse gehandelt werden, auf dem Gebiet der Steuer am Ende dieser Woche keine andere Vorentscheidung als die zugunsten einer Tarifkorrektur gefallen ist.

(-/24.7.1978/vo-he/lo)

Recht auf Gegendarstellung ausweiten

---

Mißbräuche zwingen zu medienpolitischem Handeln

Von Wilhelm Nöbel MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Medienpolitik der  
Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Die Arbeitsgruppe Medienpolitik der SPD-Bundestagsfraktion prüft zur Zeit, auf welche Weise einer unseriösen Berichterstattung effektvoller begegnet werden kann als bisher. Dabei spielt nicht zuletzt die Frage eine Rolle, ob und wie bei den Bemühungen des Deutschen Presserates, um fairen Umgang mit Personen und Sachen in der Presse zu stärken, gegebenenfalls auch gesetzgeberische Initiativen zu erwägen sind.

Ausgangspunkt unserer Beratungen war die Überlegung meines Kollegen Egon Lutz, Zeitungen, die wegen unseriöser Berichterstattung vom Presserat gerügt werden, zum Abdruck dieser Kritik auf ihrer Titelseite zu verpflichten. Unsere gewiß nicht leichten, auch nicht leichtfertigen Prüfungen sind noch nicht abgeschlossen; der Presserat ist dazu noch nicht gehört, was natürlich geschehen wird und geschehen muß.

Jedem Journalisten ist, gerade wenn er seiner Sorgfaltspflicht nachkommt, so meine ich, die Möglichkeit des Irrtums einzuräumen. Aber es gibt genug Beispiele, zu viele jedenfalls, bei denen eine Gegendarstellung verweigert wird, weil daraus erkennbar würde, daß die Verbreitung von Unwahrheiten bewußt und gewollt war.

Zu prüfen wäre etwa, ob der neue bzw. aufgewärmte Fall Wienand in einem Beitrag mit dem Titel "Der Fall Bosse", veröffentlicht am 16. April 1978, nicht ein Fall der "Welt am Sonntag" ist. Karl Wienand hat Klage erhoben; vor Gericht wird entschieden.

Für die Arbeitsgruppe Medienpolitik der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion werden der Ausgang dieses Prozesses und andere Fälle Anlaß sein, gesetzgeberische Konsequenzen zu prüfen und mit dem Deutschen Presserat zu besprechen.

Ich habe die Großzügigkeit des Rechts der Gegendarstellung für funktionsgerecht gehalten, bis ich feststellen mußte, daß mit diesem Recht von einigen Mißbrauch auf Kosten von Menschen getrieben wird, denen die Chance zur Gegenwehr mit System und Absicht vorenthalten wird. Wenn die Kräfte zur Selbstregulierung bei der Presse nicht ausreichen, wäre ein gesetzgeberischer Bedarf entstanden, dem nur schwer widersprochen werden könnte. Die Liberalität von Spielregeln kann nur erhalten werden, wenn alle Beteiligten jenes Mindestmaß an Anstand wahren, das die Voraussetzung für diese vom Gesetzgeber geschaffenen Spielregeln gewesen ist.

(-/24.7.1978/vo-he/lo)

### Vom Ärztemangel zur Ärzteschwemme?

-----

Wissenschaftliche Prognosen erfordern schon heute präzise Bedarfspläne

Von Eckart Kuhlwein MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Wenn die Prognosen des Wissenschaftlichen Instituts der Ortskrankenkassen stimmen, wird die Zahl der ausgebildeten Ärzte in der Bundesrepublik von heute 120.000 bis auf 220.000 im Jahre 2000 steigen. Das ist eine Zahl, die niemand besonders bedrückt, der die Überlastung unserer Klinikärzte und die Probleme der Fünf-Minuten-Medizin in den Praxen vieler niedergelassener Ärzte kennt. Aber sie macht denjenigen Sorge, die an die gerade eben durch das Kostendämpfungsgesetz stabilisierte Kostenseite unseres Gesundheitswesens denken.

Angebot und Nachfrage werden in den nächsten Jahren in vielen akademischen Berufen auseinanderklaffen. Das ist eine Folge der Bildungswerbung, der verbesserten Chancengleichheit und der starken Schulabgängerjahrgänge. Wo die Strukturen bei der Nachfrage nicht entsprechend verändert werden, sollte der Wettbewerb darüber entscheiden, wer mit dem Studium gleichzeitig soziale und finanzielle Ansprüche befriedigen kann. Im Gesundheitswesen jedoch hat dieser Mechanismus bis heute nicht funktioniert, weil Mediziner - jedenfalls im ambulanten Bereich - noch immer die Möglichkeit haben, sich Nachfrage selbst zu schaffen.

Da man davon ausgehen kann, daß die Zahl der Krankenhausärzte in einer Phase der gezielten Bettenreduzierung über die heute vorhandenen 55.000 nicht mehr wesentlich steigen wird, ist die Konsequenz klar: Die große Masse der neu ausgebildeten Mediziner wird mit der Approbation und dem Recht auf Niederlassung in die freie Praxis drängen. Eine verschärfte Konkurrenz zwischen niedergelassenen Ärzten, so meint der Wissenschaftsrat logisch schlüssig, führt dann zu einer verschärften wirtschaftlichen Abhängigkeit der Ärzte von ihren Patienten, zur Gewährung ungerechtfertigter Ansprüche (etwa bei Krankschreibungen und Kuren) und überflüssiger Leistungen sowie zur Stimulierung nicht vorhandener Bedürfnisse.

Auch die Aufstockung des Personals in den bisherigen Mangelbereichen des Gesundheitswesens - Arbeits- und Sozialmedizin, Psychiatrie, öffentlicher Gesundheitsdienst, Gesundheitsvorsorge und -beratung sowie Forschung - wird diese Lage nur unwesentlich verändern. Die von der Bundesregierung 1974 veröffentlichte Bedarfsprognose von McKinsey kam für das Jahr 2000 unter Einbeziehung aller denkbaren Strukturveränderungen zu einem maximalen Bedarf von etwa 185.000 Ärzten. Das Wissenschaftliche Institut der Ortskrankenkassen hat diese Zahl in der Tendenz bestätigt. McKinsey sieht das Gleichgewicht zwischen unterem Angebotswert und oberem Nachfragewert bei jährlich 7.500 Studienanfängern erreicht. 1977 nahmen etwa 11.000 Studenten das Medizin-Studium auf. Die Bundesregierung rechnet gemeinsam mit dem Wissenschaftsrat mit einer Zahl von jährlich 10.000 Studienanfängern - mindestens solange, bis die Bewerberschlange abgebaut ist.

Wenn das Problem einer denkbaren "Ärztenschwemme" erkannt ist, sollte frühzeitig nach politischen Lösungen gesucht werden. Die derzeitigen Markt- und sonstigen

Steuerungsmechanismen - so auch das Wissenschaftliche Institut der Ortskrankenkassen - reichen nicht aus, um das künftige Angebot an ärztlichen Leistungen mit den Bedürfnissen des Gesundheitswesens in Einklang zu bringen. Sie reichen nicht einmal aus, um eine gezielte Personalexpansion in die Mangelbereiche zu lenken. Deshalb müssen die Steuerungsinstrumente erheblich verbessert werden. Dabei sind die Ansätze sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite zu suchen:

- o Am wenigsten Erfolg verspricht zur Zeit eine Reduzierung der Studentenzahlen. Wenn sich Bund, Länder und Hochschulen darauf geeinigt haben, daß jährlich 10.000 Plätze für Studienanfänger zur Verfügung stehen, müssen die auch ausgenutzt werden. So will es das Bundesverfassungsgericht. Mittelfristig könnte die Zahl der Bewerber allerdings zurückgehen - wenn es wegen der geringeren Jahrgangsstärke weniger Abiturienten gibt, wenn weniger Abiturienten studieren wollen, wenn die Einkommenserwartungen im Medizinerberuf nicht mehr so unverhältnismäßig hoch sind wie heute. Vor allem auf den letzten Punkt sollte bei der Studienberatung verstärkt hingewiesen werden.
- o Eine Reduzierung der Lebensarbeitszeit bzw. der jährlichen Arbeitszeit von Ärzten ließe sich durch freiwillige Bemühungen der ärztlichen Standesorganisationen erreichen - vielleicht durch die Einführung einer Altersgrenze und/oder durch obligatorische Fortbildungssemester bzw. -jahre.
- o Unverzögliche politische Entscheidungen für die Ausweitung des Stellenangebots in den Mangelbereichen.
- o Die volle Ausnutzung der Steuerungsmöglichkeiten für die Versorgung unterversorgter Regionen durch die Erstellung und Beachtung von Bedarfsplänen.
- o Die Überprüfung von Zusammenhängen zwischen dem Anstieg der ärztlichen Gesamtvergütung und der Zahl der niedergelassenen Ärzte mit dem Ziel, erforderlichenfalls gesetzgeberisch einzugreifen.
- o Die anstehende Veränderung der Gebührenordnung auch unter dem Gesichtspunkt, daß eine Angleichung der individuellen Einkommen von Ärzten unterschiedlicher Fachrichtungen angestrebt wird.
- o Die Einführung des Themas "Entwicklung von Bedarf und Angebot an ärztlichen Leistungen" in die Beratungen der Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen mit dem Ziel, gegebenenfalls neue Steuerungsinstrumente zu schaffen.

Dieser Katalog ist sicherlich nicht vollständig. Aber seine rechtzeitige Umsetzung in praktische politische Schritte könnte dazu beitragen, daß sich der Zuwachs an Medizinern nicht ausschließlich als teure Spezialisten an ohnehin überversorgten Standorten niederläßt. Nur wenn die in der Reichsversicherungsordnung, im Krankenhausfinanzierungsgesetz und in den Stellenplänen von Bund, Ländern und Gemeinden vorhandenen Steuerungsinstrumente unter Berücksichtigung der neuen Lage weiterentwickelt werden, kann verhindert werden, daß schon in 15 oder 20 Jahren zu viele ärztliche Leistungen in den falschen Bereichen unter gesellschaftlich nicht gerechtfertigten Kosten erbracht werden.

(-/24.7.1978/bgy/lo)